

Herbstsession der Eidgenössischen Räte

Die abgelaufene Herbstsession war zugleich die letzte der laufenden Legislatur. Das Parlament hat, ob aller Wahlkampfhektik, vierundzwanzig Erlasse und Beschlüsse in der Schlussabstimmung definitiv verabschiedet und viele Pendenzen aufgearbeitet. Die Schlussbilanz der am 30. November zu Ende gehenden Legislatur hinterlässt einen durchzogenen Eindruck; zu stark war sie geprägt von der parteipolitischen Polarisierung und der damit verbundenen häufigen Neutralisierung und Blockierung.

Mahnende Worte der Präsidentin

Zu Beginn der Session mahnte die Ratspräsidentin, Christine Egerszegi (FDP/AG), angesichts von „Geheimplänen, Komplotten und Verschwörungstheorien“ den Rat zur Sachlichkeit und zum Respekt vor Andersdenkenden. In der Schweiz hätte bis vor kurzem eine gute Streitkultur geherrscht; in unserer Konkordanzdemokratie führten ja auch immer wechselnde Mehrheiten zu wechselnden Bündnissen. Nun aber hätten die Wogen all zu hoch geschlagen und es würden zum Teil die Parteiinteressen über das Allgemeinwohl gestellt.

Die mahnenden Worte der Ratspräsidentin wurden zwar gehört; ob sie in der Debatte zum Fall Rorschacher von allen Beteiligten auch befolgt wurden, ist zu bezweifeln. Im Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern stelle ich vermehrt fest, dass sich viele besonnene Schweizerinnen und Schweizer ein Ende des „Polittheaters“ wünschen. Und in der Tat, als gewählte Parlamentarier haben wir in erster Linie das Gesamtwohl der Eidgenossenschaft zu beachten und wichtigere Probleme zu lösen als Details im Kompetenzbereich des Bundesrats. Diese gehören selbstverständlich auch geregelt, aber nicht mit Nebengeräuschen, welche grösser sind als die Sache selber. Nicht unschuldig an der ganzen Angelegenheit ist die Präsidentin der Subkommission der Geschäftsprüfungskommission (GPK), welche mit einer unbedarften, nicht haltbaren Ausserung den Stein ins Rollen gebracht hat.

Den vorläufig negativen Höhepunkt in der harten Auseinandersetzung setzten die sogenannten Linksautonomen mit ihren Randaleakten am vergangenen Samstag in Bern. Diese unentschuld bare Aktion ist letztlich nicht nur gegen den politischen Gegner gerichtet, sie trifft im noch grösseren Ausmass die Institution unseres demokratischen Rechtsstaates, die Eidgenossenschaft. Und wenn ein Mitorganisator der Gegendemonstration, der grüne Berner Stadtrat Daniele Jenni, ein Fraktionsmitglied der Grünen Freien Liste, die Ausschreitungen noch rechtfertigt und verteidigt, stellen sich Fragen der politischen Legitimation solcher Leute. In der Zwischenzeit hat sich Jennis Fraktion von dessen Vorgehen klar distanziert. Spät zwar, aber immerhin....

Verwahrungsinitiative umsetzen

Vor dreieinhalb Jahren haben Volk und Stände die sogenannte Verwahrungsinitiative gutgeheissen. Darin wird die lebenslange Verwahrung von extrem gefährlichen, nicht therapierbaren Straftätern verlangt. Zum vornherein war klar, dass die Umsetzung in Widerspruch zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) treten könnte. Zu diesem Schluss kam dann auch die Mehrheit der Rechtskommission des Nationalrates. Sie beantragte deshalb, auf die Umsetzung nicht einzutreten. Die Ratsmehrheit teilte diese Auffassung nicht und schickte das Geschäft mit 103 : 79 Stimmen zur Weiterbearbeitung an die Kommission zurück.

Es stellt sich die grundsätzliche staats- und verfassungsrechtliche Frage, ob internationales Recht, wie in diesem Fall die EMRK, absolut Vorrang hat vor der nationalen Verfassung. Wäre dem tatsächlich so, dann sind wir in Zukunft gut beraten, internationale Konventionen vor der Zustimmung und Unterzeichnung noch genauer unter die Lupe zu nehmen. Im vorliegenden Fall meine ich, dass ein Volksentscheid über die EMRK zu setzen ist. Ansonsten hätte nämlich die Initiative dem Souverän gar nicht zur Beurteilung vorgesetzt werden dürfen. Mit ihrer Gültigkeitserklärung hat das Parlament die Priorisierung der sich widersprechenden Erlasse vorweggenommen. Also hat die Mehrheit des Nationalrates richtig entschieden und den Volkswillen wirklich ernst genommen.

Steuerdebatte

Zu Beginn der dritten Sessionswoche debattierte der Nationalrat über die Steuerpolitik des Bundes. Am Schluss wurde über fast 40 Motionen, Postulate und Interpellationen entschieden. Die wichtigsten Beschlüsse kurz zusammengefasst: Der Bundesrat wird beauftragt, eine weitere

steuerliche Entlastung der Unternehmensgewinne vorzuschlagen, die Mehrwertsteuer zu vereinfachen und Steueranreize für Energiesparmassnahmen vorzusehen. Im Weiteren macht der Rat mit Vorstössen Druck für kinderfreundlichere Familienbesteuerung, Transparenz in der Gebührenbelastung und dem vollen Vorsteuerabzug bei Unternehmensgründungen. Sämtliche überwiesenen Vorstösse stammten aus den drei bürgerlichen Parteien.

Abgelehnt wurde hingegen ein Vorstoss zur allgemeinen Senkung der Mehrwertsteuer. Sie hätte einen zu hohen Einnahmefall bewirkt. Ebenfalls keine Mehrheit fand die sogenannte „Swiss Easy Tax“, ein einfacheres, lineares System. Gescheitert ist das Vorhaben an der Verknüpfung zur Individualbesteuerung und der fehlenden Begünstigung der unteren Einkommen. Wenn diese beiden Schwachpunkte ausgeräumt werden, kann ich mir gut vorstellen, dass ein Systemwechsel in einem zweiten Anlauf Chancen hat. Denn, unser gegenwärtiges System hat mit den vielen Detailzuschlägen und Abzügen eben schon seine administrativen Nachteile. Gegen eine Vereinfachung hat, wenn sie unter dem Strich auch gerecht ist, niemand etwas einzuwenden.

Abschied von guten KollegInnen

Es liegt am Turnus des Parlamentes, dass jeweils am Ende einer Legislatur ungefähr ein Viertel der Mitglieder zur Wiederwahl nicht mehr antreten und Abschied vom Rat nehmen. Das war auch am letzten Sessionstag, am Freitag, 5. Oktober der Fall. Ich erlaube mir an dieser Stelle zehn KollegInnen zu erwähnen, mit denen ich besonders viel und auch gut zusammengearbeitet habe.

- Ständerat Franz Wicki (CVP / LU). Mit ihm verlässt ein unermüdlicher Schaffer und breit anerkannter Parlamentarier das Bundeshaus. Er hatte sehr viel Einfluss und einen guten Draht zu Bundesrat und Verwaltung. In unserer Fraktion hinterlässt er eine grosse Lücke.
- Nationalrat Hermann Weyeneth (SVP / BE). Ein ebenso streitbarer wie versierter und schlauer Fuchs; er hat den heftigen, aber immer korrekten politischen Streit - auch innerhalb seiner Fraktion - nicht nur geliebt, sondern geradezu gesucht. Mit ihm habe ich ebenso gerne und oft gestritten wie gescherzt; und nach geschlagener Schlacht haben wir uns - manchmal bei einem Glas Wein - wieder versöhnt. Er wird – nicht nur mir - fehlen!
- Nationalrat Rolf Hegetschweiler (FDP / ZH). Als Mitglied der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie war er mein liberaler Ansprechpartner in Fragen der Energiepolitik. Ein Gentleman alter freisinniger Schule.
- Nationalrat Adrian Imfeld (CVP / OW). Ein Experte in Steuer- und Finanzfragen. In ihm hatte ich einen verlässlichen Partner für die Anliegen des Berggebietes.
- Ständerätin Marianne Slongo (CVP / NW). Fast die einzige Frau, welche die KMU-Politik zu oberst in ihrem Credo hat. Entsprechend ist sie dem rechten Flügel der CVP zuzuordnen. Besonders geschätzt habe ich ihre absolute Berechenbarkeit.
- Nationalrat Otto Laubacher (SVP) / LU). 1999 machten wir Beide den Schritt vom kantonalen ins eidgenössische Parlament. Er ist kein Mann der lauten Töne, konsequent und linientreu (nach Zürcher SVP) in der Sache, moderat und kollegial im Stil.
- Nationalrätin Ruth-Gaby Vermont (SP / BE). Der Kontrapunkt zu Weyeneth; immer berechenbar, eine Weltverbesserin im positiven Sinn. Sie fand für ihre übertriebenen Menschen- und Frauenrechtsforderungen zwar ganz selten eine Mehrheit, vertrat sie dennoch beharrlich und immer wiederkehrend. Wir waren uns in der Sache ganz selten einig, der gegenseitige Respekt litt aber deswegen überhaupt nicht.
- Nationalrat Fritz Abraham Oehrli (SVP / BE). Ehemaliger Zentralpräsident der Kalbermäster. Wir waren viel zusammen, um die Anliegen des Berggebietes zu beraten. Hoffentlich kommt aus dem Berner Oberland ein ähnlicher Nachfolger.
- Nationalrätin Anne-Catherine Menétrey-Savary (Grüne / VD). Umweltschützerin der ersten Stunde. Beharrlich und übertrieben in ihren Forderungen, moderat und sehr fundiert in der Argumentation. Eine Grand Dame und echte Grüne.
- Nationalrat Gerold Bühler (FDP / SH). Vertreter des Wirtschaftsflügels der FDP. Guter Rhetoriker und erfahrener Anwalt der Grossindustrie. Als Präsident von Economiesuisse wird er auch in Zukunft im Bundeshaus anzutreffen sein.

Persönliche Bilanz

In der zweiten Legislatur kann man bereits etwas von dem ernten, was man in der Ersten gepflügt und gesät hat. Es wäre allerdings vermessen zu behaupten, man hätte seine Meinung und seine Ideen immer allesamt durchgebracht. Mit dem Präsidium der UREK, einigen erfolgreich überwiesenen persönlichen Vorstössen und dem gezielten Weiterausbau des Netzwerkes darf ich trotzdem zufrieden Bilanz unter meine zweite Amtsdauer im Nationalrat ziehen.

Und, wenn es der Wille der Wählerinnen und Wähler ist, freue ich mich auf eine dritte Amtsdauer, um für unsere Region etwas von dem zu ernten, was zum Teil bereits schon wieder gepflügt und gesät ist.

Dem Entlebucher Anzeiger danke ich für das Angebot, den Sessionsbericht zu veröffentlichen. Die Rückmeldungen – es waren derer viele - aus dem Kreis der Leserschaft haben mich stets gefreut. Und, ich gebe es gern zu, diese Seite zu schreiben bedeutet für mich jeweils viel mehr Lust als Last.

Ruedi Lustenberger, Nationalrat (CVP), Romoos